

Antrag - Nr. StVV - AT 116/2015 (§ 34 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 1.10.2015		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0

Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in Bremerhaven (GRÜNE)

In den letzten Wochen und Monaten ist die Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge deutlich gestiegen und übertrifft damit die Erwartungen, die noch zu Beginn des Jahres bestanden. Die Aufnahme der Flüchtlinge muss vor Ort in den Städten und Gemeinden organisiert werden. Länder und vor allem die Kommunen stehen vor sehr großen Herausforderungen. Täglich kommen Menschen zu uns, die vor Zerstörung, Vertreibung und Lebensgefahr fliehen. Oft mussten sie ihr ganzes Hab und Gut zurücklassen. Oder sie mussten ihr Erspartes während der Flucht an Schlepper oder Fluchthelfer abgeben, nicht zuletzt weil die EU keine geordneten und sicheren Fluchtwege nach Europa schafft. Es ist eine Selbstverständlichkeit für uns, diese Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen Sicherheit und neue Lebensperspektive zu bieten.

Bei der Bewerkstelligung dieser wichtigen Aufgabe sind die Kommunen im Vorteil, die auf präzise Handlungspläne zurückgreifen können, ihre Arbeit gut koordinieren, durch freiwillige Hilfe unterstützt werden und es verstehen, die Bürgerinnen und Bürger umfassend zu informieren und einzubeziehen. Es würde dem Wohl der Flüchtlinge und der Stadt Bremerhaven dienen, wenn sich die Seestadt bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen an diesen Maßgaben orientierte.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf,

1. dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung vierteljährlich über die Arbeit der Magistratslenkungsgruppe „Flüchtlinge“ zu berichten und insbesondere die aktuellen Zuzugszahlen darzustellen.
2. dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung ein Gesamtkonzept aller städtischen Aktivitäten im Hinblick auf Flüchtlinge bis zum 15.01.2016 vorzulegen, das mindestens folgende Bestandteile umfasst: a) Unterbringung von Flüchtlingen, b) Lebensunterhalt/ Sozialleistungen für Flüchtlinge, c) Kinderbetreuung, d) Schulische Integration, e) Gesundheitliche Versorgung, f) Unterstützung des Sprach-

erwerbs, g) Integration in den Arbeitsmarkt, h) Integration durch Ausbildung, i) Integration in den Stadtteil, j) Unterstützung zur Selbsthilfe und des ehrenamtlichen Engagements, k) Organisation dezernatsübergreifender Prozesse innerhalb des Magistrats.

3. bis zum 30.11.2015 dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung schriftlich Vorschläge zur Verbesserung der Kommunikation und Koordination der freiwilligen Hilfeleistungen zu unterbreiten. Diese Vorschläge haben mindestens folgende Punkte zu beinhalten: a) umfassende Information der Öffentlichkeit über die Möglichkeiten, Flüchtlingen in Bremerhaven zu helfen, differenziert nach Sachspenden, ehrenamtliches Engagement und Wohnraum, b) kurzfristige Möglichkeit der Erstellung einer zentralen Internetpräsenz, c) Regelmäßige Koordinationstreffen mit Verbänden, Vereinen, Kirchen etc., die in der Flüchtlingshilfe aktiv sind.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Gez. Doris Hoch
Gez. Petra Coordes
und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN